

zeichnet werden. In ihrer die bisherige östliche und westliche Forschung zum Thema knapp resümierenden Einleitung zum vorliegenden Sammelband sprechen die Hrsg. gar von einem „Quantensprung“ im Verständnis dieser Vorgänge, der dank des neuen Quellenzugangs möglich geworden sei. In der Tat geben die von Norman Naimark und Leonid Gibianskii versammelten 14 Beiträge aus der Feder von neun amerikanischen und fünf russischen Autoren ein eindrucksvolles Zeugnis von der Qualität dieses Fortschritts.

Im einzelnen behandeln die Beiträge den Vorgang der Aufrichtung kommunistischer Herrschaft in Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der SBZ. Auch wenn Albanien, Rumänien und die baltischen Sowjetrepubliken ausgespart bleiben, zeigen die Untersuchungen gerade in ihrer Kombination sehr schön, warum die „Stalinization of the region“ nicht allein „in terms of manipulations of Soviet politicians“ verstanden werden kann, die Strategien, Aktionen und Erfolge der Sowjets und ihrer jeweiligen kommunistischen Verbündeten vielmehr nur im Kontext der spezifischen Situation der einzelnen zu sowjetisierenden Gesellschaften verständlich werden. Daß dabei insbesondere auch den demographischen, sozialen und mentalen Umbrüchen der Jahre 1939–1944 eine entscheidende vorbereitende Wirkung zukam, zeigt Jan Gross in Weiterentwicklung seiner wichtigen These von der sozialrevolutionären Wirkung des Zweiten Weltkrieges. Für den Kontext dieser Zeitschrift von besonderem Interesse sind darüber hinaus die Beiträge von John Micgiel über die Unterdrückung der politischen Opposition in Polen, insbesondere der ‚Heimarmee‘ bzw. des bewaffneten Untergrunds in den Jahren 1944–1946, von Inessa Iazhborovskaia zu Gomulkas Versuch der Verfolgung einer ‚demokratischen‘ Variante der ‚Kommunisierung‘, die beeindruckende Studie von Padraic Kenney über die spezifischen Schwierigkeiten bei der Formierung einer dem neuen Regime loyalen Arbeiterkultur im ‚wildwesten‘ Breslau (Wrocław) der Jahre 1945–1948, der Beitrag von Igor Lukeš über den tschechoslowakischen Weg zum Kommunismus sowie die vergleichende Untersuchung von John Connolly über die kommunistische Instrumentalisierung des polnischen, tschechoslowakischen und ostdeutschen Hochschulwesens in den Jahren 1945–1948. Wie die übrigen Beiträge des Sammelbandes zeigen sie, daß die ostmitteleuropäischen Gesellschaften keineswegs nur passive Opfer einer ausschließlich externen Manipulation waren, sondern in einer je spezifischen Weise auch selbst Akteure – wenn auch in einem „Drama“, dessen Skript im wesentlichen doch in Moskau geschrieben wurde.

Marburg/Lahn

Eduard Mühle

Stefan Kley: Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart.) Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn, München u. a. 1996. 360 S. (DM 68, —.)

In der von Eberhard Jäckel betreuten Dissertation wird die Rolle Joachim von Ribbentrops als Reichsaußenminister von Februar 1938 bis September 1939 untersucht. Dabei geht es um die Herrschaftsstruktur im Dritten Reich und um die Frage, wie Hitler seine Macht eigentlich ausübte.

Da der Großteil der Akten des Reichsaußenministeriums vernichtet und vieles nie protokolliert wurde, bilden vor allem die Akten des Auswärtigen Amtes auf den nachgeordneten Ebenen und die Memoirenliteratur den Quellenfundus, aus dem der Vf. zu eruieren versucht, was Ribbentrop plante und tat, welche Motive ihn bewegten und inwieweit er andere Vorstellungen als Hitler entwickelte. Er geht dabei chronologisch vor und schildert minutiös die Entwicklung in der genannten Zeitspanne, während der das Reich die „Beziehungen zu seinen wichtigsten Nachbarländern auf den Kopf“ stellte (S. 9). Mit der eingangs formulierten Hypothese, daß Hitler dabei die Fäden fest in der Hand hielt und Ribbentrop den Konfrontationskurs nicht forcierte, sondern zu brem-

sen versuchte, signalisiert der Vf., daß er nicht nur den Funktionalisten in der NS-Forschung widersprechen, sondern auch das bisherige Bild Ribbentrops korrigieren will.

Generell war Ribbentrop bereit, es bei der Expansion in Osteuropa „auch auf eine Konfrontation mit Großbritannien ankommen zu lassen.“ (S. 32). Detailliert zeigt der Vf., daß Ribbentrop bei der „Lösung der Sudetenfrage“ optimal funktioniert und Hitler auch beim Bruch des Münchner Abkommens „tatkräftig unterstützt“ hat, fügt allerdings den irritierenden Nebensatz an, „obwohl er die Aktion seines Führers wahrscheinlich mißbilligte“ (S. 186). Belege dafür werden nicht gebracht, lediglich eine Reihe von Vermutungen in der Art, es könne durchaus sein, „daß kein einziger von Hitlers Mitarbeitern nachvollziehen konnte, warum die Wehrmacht unbedingt nach Prag marschieren mußte“ (S. 187). Als habe Hitler nicht wiederholt, z. B. am 5. November 1937 und am 28. Mai 1938 (hierbei in Ribbentrops Anwesenheit), seinen Willen, daß die Tschechoslowakei von der Landkarte verschwinde, mit dem „Zwang“ begründet, für Deutschland Lebensraum in Osteuropa zu erobern (S. 59).

Auch gegenüber Warschau wirkte Ribbentrop bestens in dem von Hitler betriebenen Wechselspiel aus Drohgebärden und Friedensbeteuerungen mit. Nur nebenbei bemerkt der Vf., daß Hitler kein Alleingänger war, sondern „große Teile der deutschen Gesellschaft eine Revision der Grenze zu Polen für unverzichtbar hielten und dafür auch zu einem Krieg bereit waren“, und daß auch im Auswärtigen Amt „solche Vorstellungen traditionell fest verankert waren“ (S. 209). Bei dem Versuch, partout Differenzen zwischen Ribbentrop „und seinem Führer“ herauszukristallisieren, präsentiert er Hitler, der bekanntlich am 24. November 1938 die Wehrmacht angewiesen hatte, die handstreichartige Okkupation Danzigs vorzubereiten, als gemäßigten Politiker, der Anfang 1939 „die vitalen Interessen des Nachbarn“ berücksichtigt habe (S. 209 f.)! Als Hitler weitere Gespräche mit Warschau abgelehnt und der Wehrmacht den 1. September 1939 als Angriffsdatum genannt hatte, erscheinen wiederum Ribbentrop und Staatssekretär v. Weizsäcker als Unwissende, mit denen „wahrscheinlich nicht von einem Krieg gegen Polen“ gesprochen worden sei! Auch hier hantiert der Vf. mit Mutmaßungen, im Text häufen sich die Wörter „vielleicht“, „schien“, „wahrscheinlich“, „Anschein“, „es wäre möglich“, „es kann sein“ usw. (S. 220–223).

Die Rolle Ribbentrops bei der Anbahnung des Nichtangriffsvertrags mit der Sowjetunion überhöht der Vf., indem er die „deutsche Zurückhaltung“ bei den Verhandlungen überzeichnet, ohne die Taktik, die dahintersteckte, zu verdeutlichen. Wieder nur auf der Grundlage von Vermutungen wird formuliert, aus Hitlers Sicht habe „nichts für, aber manches gegen einen Vertrag mit Moskau“ gesprochen, Hitler sei „wahrscheinlich“ von seinen Mitarbeitern dazu gedrängt worden (S. 276). Überzeugend ist auch dies nicht, und es widerspricht richtigen Aussagen an anderer Stelle (Hitler habe mit dem Vertrag Polen in der Lage gehabt, in der er es haben wollte, S. 299; er drängte darauf, daß der Vertrag sofort gültig sei, S. 300).

Wiederholt schreibt der Vf., die Kriege seien Hitlers Ziel gewesen, und er übersieht, daß diese nur eines der Mittel waren, um das tatsächliche Ziel, den „Lebensraum im Osten“, zu erreichen. Er verwechselt Mittel und Ziel und interpretiert – konsequent, aber völlig falsch – all die von ihm detailliert nachgewiesenen Differenzen über die Mittel und Wege als unterschiedliche Auffassungen über die Ziele. Darauf basiert auch die nicht haltbare These, Hitler habe die Gesellschaft zu den Kriegen, die sie nicht wollte, bewegen müssen. Hier rächt sich die personalistische Perspektive des Vf.s, aus der er die ökonomischen und politischen Interessen der Oberschichten in Deutschland, die das Lebensraum-Programm mitbestimmten und unterstützten, nicht wahrnimmt.

Ribbentrop steht am Ende als idealer Außenminister Hitlers da, nicht als Mahner oder Kriegsgegner. Er wollte und konnte keinen prägenden Einfluß nehmen, da Hitler ohnehin die wesentlichen Entscheidungen traf. Daß Ribbentrop mit diesen nicht ein-

verstanden gewesen wäre, wird nicht nachgewiesen. Die vom Verlag angekündigte „Neubewertung der Ursachen des Zweiten Weltkriegs“ und die vom Doktorvater gesehenen Ergebnisse, „die das bisherige Geschichtsbild in vielfacher Hinsicht geradezu umstürzen“, sucht man hier vergebens.

Marburg/Lahn

Joachim Hösler

Dieter Bingen: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991. (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 33.) Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 1998. 379 S. (DM 78,—.)

Die Darstellung besteht aus zehn Kapiteln, die der geläufigen Periodisierung der Bonner Ostpolitik folgen. Im elften Kapitel „Bonner Polenpolitik als Europapolitik“ werden vor allem die Minderheitenfrage und der Vertrag vom 17. Juni 1991 (im Anhang abgedruckt) behandelt; in der ausführlichen Schlußbetrachtung geht der Vf. das ganze Material mit Hilfe neuer, pointierter Fragen durch – etwa nach der Bedeutung der einzelnen Entscheidungsträger, nach dem Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik oder der „DDR als ständigem Mitspieler und Spielverderber“. Die Darstellung, besonders im letzten Teil mit einer auffallend leichten Feder geschrieben, stützt sich auf Akten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, mehrere polnische und deutsche Pressetitel sowie die – inzwischen überraschend ausführliche – Fachliteratur. Diese stammt fast durchweg von deutschen Autoren und beschäftigt sich hauptsächlich mit verschiedenen Aspekten der Bonner Außenpolitik. Schade, daß Bingen mit seinem Ansatz, der einen Akteur der (west)deutsch-polnischen Beziehungen auf Kosten des anderen in den Mittelpunkt rückt, den Versuch nicht gewagt hat, das seit eh und je bestehende Ungleichgewicht zwischen östlicher und westlicher Literatur über den Kalten Krieg wenigstens im Bereich unserer Beziehungsgeschichte ein wenig zu korrigieren. So haben wir einen ausgezeichneten Abriß der Bonner Aktivitäten und Unterlassungen erhalten, der einige Einblicke in zeitlich parallele Vorgänge in Warschau und Ost-Berlin ermöglicht – aber auch nicht mehr.

Die Beschreibung der ersten 20 Jahre der Bewegungslosigkeit nimmt etwa ein Drittel des Buches ein; wesentlich ausführlicher werden der Warschauer Vertrag von 1970 und seine Folgegeschichte dargestellt, viel Platz widmet der Vf. der Darstellung und Analyse der „Stagnation auf höherem Niveau“ nach Helsinki und den Optionen der Bonner Polenpolitik in den 1980er Jahren. Für diese Teile standen ihm keine Archivquellen zur Verfügung, allerdings fällt auf, daß die Auswertung der seriösen Zeitungen – natürlich an erster Stelle der FAZ – vieles von diesem Manko wieder gutmacht. Eine Ausnahme ist die Darstellung der „Wende“ von 1989–1990, die durch die jüngste Veröffentlichung der Akten des Bundeskanzleramtes wesentlich präziser als bisher erzählt werden kann. Insgesamt gelingt es B. durchgängig, die wesentlichen Linien der Bonner Polenpolitik überzeugend zu rekonstruieren. Für die künftige polnische wie deutsche Forschung handelt es sich um ein Standard- und Nachschlagewerk, das noch von vielen als Orientierungsspunkt benutzt werden wird, was um so leichter fallen dürfte, als die polnische Ausgabe des Buches bereits 1997 erschienen ist (Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski, Kraków 1997).

Warschau/Warszawa

Włodzimierz Borodziej

Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych [Beiträge zur Frage des deutschen Kulturerbes in den West- und Nordgebieten.] Hrsg. von Zbigniew Mazur. (Ziemia Zachodnie – Studia i materiały, 18.) Wydawnictwo Instytutu Zachodniego. Poznań 1997. XVI, 590 S., zahlr. Abb. a. Taf. i. T., dt. Zufass.

Die vom Posener West-Institut herausgegebene Publikation ist exemplarisch für die seit der politischen Wende unvoreingenommene Herangehensweise der polnischen